

## »... zugunsten des Reiches vereinnahmt.«

### Die fiskalische »Arisierung« in Nürnberg – Eine Spurensuche mit Hindernissen

Von Jim G. Tobias

»Ich habe nur einmal aus der im Hause Hessestraße 18 freigewordenen Wohnung der evakuierten jüdischen Familie Schönfeld durch Beamte des Finanzamts ein paar Vorhänge für RM 20,- gekauft. Es waren damals nach dem Auszug der Schönfelds Beamte des Finanzamts in der Wohnung, die gleich an Ort und Stelle Einrichtungsgegenstände verkauften. Es war fast die ganze Hausgemeinschaft in der Wohnung versammelt. Es haben auch andere Hauseinwohner Sachen erworben«, erinnerte sich die Nürnbergerin Betty B.<sup>1</sup> an eine Versteigerung im Herbst 1941.<sup>2</sup> Zuvor, am frühen Morgen des 27. Novembers, war die fünfköpfige Familie Schönfeld<sup>3</sup> mit weiteren 507 Nürnberger Juden von Polizeibeamten aus ihren Häusern abgeholt und in ein Sammellager gebracht worden.<sup>4</sup> Zwei Tage später wurden die Menschen mit der Eisenbahn nach Riga transportiert. Dort verlieren sich ihre Spuren.<sup>5</sup>

Erste zentral gelenkte Verschleppungsaktionen hatten bereits im Oktober 1938 stattgefunden. Sie richteten sich gegen tausende Juden mit polnischer Staatsangehörigkeit, die an die deutsche Ostgrenze gebracht und dort nach Polen abgeschoben wurden.<sup>6</sup> Im September 1941 genehmigte

- 
- 1 Aus Datenschutzgründen ist es nicht möglich, Nutznießer oder Vollstreckungsbeamte des fiskalischen Raubzuges namentlich zu benennen. Auch die persönlichen Daten der Opfer dürften eigentlich nicht genannt werden. Da die meisten Namen der ermordeten Juden jedoch in verschiedenen Gedenkbüchern veröffentlicht wurden, hat sich der Verfasser entschlossen, diese Namen nicht zu anonymisieren.
  - 2 Zeugenaussage Betty B. vom 26. August 1948 im Verfahren gegen die mit der Judenevakuierung betrauten Behörden, Staatsarchiv Nürnberg (StAN), Landgericht Nürnberg-Fürth, 3070/XV.
  - 3 Gerhard Jochem/Ulrike Kettner, Gedenkbuch für die Nürnberger Opfer der Schoa, Nürnberg 1998, S. 305 f.
  - 4 Arnd Müller, Geschichte der Juden in Nürnberg 1146–1945, Nürnberg 1968, S. 295.
  - 5 Alfred Gottwaldt/Diana Schulle, Die Judendeportationen aus dem Deutschen Reich 1941–1945, Wiesbaden 2005, S. 122.
  - 6 Israel Gutman (Hg.), Enzyklopädie des Holocaust, Bd. I–III, Berlin 1993, Bd. III, S. 1622.

Adolf Hitler dem Reichssicherheitshauptamt, mit der systematischen »Säuberung« des Reiches von Juden zu beginnen. Einen Monat später rollten die ersten Züge in Richtung Osten.<sup>7</sup> Mit der Deportation war der Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit verbunden und das Vermögen der Verschleppten wurde automatisch zugunsten des Deutschen Reiches eingezogen. Die Verwaltung und Verwertung des jüdischen Eigentums fiel der Reichsfinanzverwaltung zu, die diese Aufgabe an die einzelnen Oberfinanzpräsidenten übertrug. »Die erste Aufgabe der mit der Verwaltung und Verwertung betrauten Stellen besteht darin, von den örtlich zuständigen [Ge]Stapostellen die Vermögensverzeichnisse und Einziehungsverfügungen in Empfang zu nehmen und die gesamte Vermögensmasse zu übernehmen«, ordnete das Reichsfinanzministerium mit dem Schreiben vom 4. November 1941 an. Die »freigemachten Wohnungen« sollten der Bewirtschaftung durch die städtischen Behörden unterliegen, so dass »das Reich so schnell wie möglich von der Zahlung der Miete für die Wohnungen frei wird. [...] Die Wohnungen müssen entwest und instand gesetzt werden, bevor sie obdachlosen Volksgenossen zugewiesen werden können. Es ist deshalb erforderlich, sofort größere Lagerräume (auch Säle von Gaststätten usw.) für die Unterbringung der Möbel zu beschaffen«, hieß es weiter in dem Erlass. Gleichzeitig bat das Ministerium »vor anderweitiger Verwertung der Wohnungseinrichtungen zu prüfen, welche Gegenstände für die Reichsfinanzverwaltung gebraucht werden können. [...] Die Gegenstände, die nicht für Zwecke der Reichsverwaltung gebraucht werden, sind in geeigneter Weise zu veräußern.«<sup>8</sup> Ergänzend zu diesem Erlass erging die Elfte Verordnung zum Reichsbürgergesetz, die mit den Unterschriften des Reichsinnenministers, der Staatssekretäre aus dem Reichsfinanz- und Reichsjustizministerium sowie dem Chef der Reichskanzlei der NSDAP Martin Bormann<sup>9</sup> eine pseudo-legale juristische Grundlage für die Ausplünderung bildete und somit zum »Hauptinstrument der Vermögensberaubung« wurde.<sup>10</sup> Noch bevor im Januar 1942 auf der Wannsee-Kon-

7 Christopher Browning, Die Entfesselung der »Endlösung«, Nationalsozialistische Judenpolitik 1939–1942, München 2003, S. 537 ff.

8 Schnellbrief des Reichsministers der Finanzen vom 4. November 1941, abgedruckt in: George Weiss (Hg.), Einige Dokumente zur Rechtsstellung der Juden und zur Entziehung ihres Vermögens 1933–1945, Berlin 1954, S. 47 ff.

9 Martin Bormann gilt als fanatischer Vollstrecker des nationalsozialistischen Rassenprogramms. Seit der NS-Machtübernahme war er Stabsleiter von Rudolf Heß und Chef des NSDAP-Parteibüros. Ab 1943 führte Bormann den Titel »Sekretär des Führers«.

10 Hans G. Adler, Der verwaltete Mensch. Studien zur Deportation der Juden aus Deutschland, Tübingen 1974, S. 500.

ferenz die Ermordung der europäischen Juden offiziell beschlossen wurde, hatte die Finanzverwaltung bereits Pläne gemacht, wie die Gewinne aus dem fiskalischen Raubzug eingesetzt werden sollten: »Das verfallene Vermögen soll zur Förderung aller mit der Lösung der Judenfrage im Zusammenhang stehenden Zwecke dienen«, verfügte Reichsinnenminister Wilhelm Frick.<sup>11</sup>

Obwohl das meiste Eigentum der Nürnberger Juden schon vor dem Beginn der groß angelegten Deportationen »arisiert« worden war, begann nun ein beispielloser Raubzug am verbliebenen Restbesitz der Verfolgten. Vom Kaffeelöffel bis zum Bücherschrank, von der Unterwäsche bis zur Schreibmaschine – der zurückgelassene Hausrat der Verschleppten kam komplett unter den Hammer. Nur noch wenige Zeitzeugen können sich an diesen staatlich legitimierten Raubzug erinnern. Herta Gosser ist eine von ihnen. Im Jahre 1942 musste die Familie Gosser ihre Wohnung verlassen und bekam Räume in einem so genannten Judenhaus zugewiesen. Vorher war hier eine andere jüdische Familie einquartiert gewesen. Die Zimmer waren noch vollständig möbliert. »Meine Mutter fragte den zuständigen Beamten, was mit der zurückgelassenen Einrichtung geschehen sollte«, entsinnt sich die damals 19-jährige Frau. »Da brauchen Sie sich keine Gedanken machen, die lässt die Oberfinanzdirektion abholen und versteigern«, war die Antwort des Verwalters. Teilweise wurden die Möbel der Verschleppten im ehemaligen jüdischen Altersheim in der Wielandstraße eingelagert und dort anschließend an den Meistbietenden verkauft.<sup>12</sup>

Viele deutsche Volksgenossen konnten so – nicht nur in der »Stadt der Reichsparteitage« – ihr Schnäppchen machen, der Finanzverwaltung spülte es Millionenbeträge in die Kassen. Unter dem Namen »Aktion 3«, wie die Ausplünderung der jüdischen Bevölkerung behördenintern genannt wurde, konfiszierte und verwertete die Finanzverwaltung reichsweit die letzten Habseligkeiten der in die Vernichtungslager verschleppten Juden. Dabei galt der Grundsatz: »Horten für die Reichsfinanzverwaltung. Die Dienststellen reichlich ausstatten! Falls dies überflüssig, dann anderen Behörden anbieten; auch auf Schreibmaschinen achten, wenn sie brauchbar sind. Heime und Schulen bedenken (Klavier, Wäsche, Wohn- und Schlafzimmereinrichtungen)«, riet Regierungsrat Dr. Schwarzat vom Reichsfinanzministerium seinen Kollegen auf einer Sitzung, an der Vertreter der Oberfinanzdirektionen München, Stuttgart und Nürnberg teilnahmen. »Die

11 Elfte Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25. November 1941, § 3, Abs. 2, in: RGBl. I (1941), S. 722.

12 Interview des Verfassers mit Herta Gosser, Nürnberg, Februar 1999, Archiv des Verfassers (jgt-archiv).

Erfahrungen aus der letzten Aktion lehren, dass sich unglaublich viele Stellen herandrängen. Sie können alle das haben, was nicht von uns gebraucht wird, aber es muss alles bezahlt werden. [...] Die Volksgenossen stürzen sich wie die Aasgeier auf die warmen Judensemmeln.«<sup>13</sup> Bereits einen Tag vor dieser Besprechung wurden Oberregierungsrat Thiermann und die Regierungsräte Effert und Rademacher sowie fünf weitere Sachbearbeiter für die »Aktion 3« abgestellt: »Vorläufig erscheint ein Bürobeamter für 50 Haushalte angemessen«, verfügte der fränkische Oberfinanzpräsident, da für Nürnberg »etwa 250 Haushalte in Frage« kommen.<sup>14</sup>

Die Beteiligung der Finanzämter an der systematischen wirtschaftlichen Vernichtung der Juden war bis 1998 kein öffentliches Thema, da sich die Steuerbeamten ja nicht konkret an Mord und Totschlag beteiligt und keine Gräueltaten verübt, sondern lediglich geltende Gesetze und Verordnungen mit bürokratischer Effizienz umgesetzt hatten. Ein halbes Jahrhundert waren die Akten, die das schwärzeste Kapitel des Fiskus' dokumentieren, tief in den Amtskellern vergraben. Die Finanzbehörden galten als unpolitische Ämter. »Von allen Berufen und von allen Schichten und allen Zweigen der Verwaltung ist die Steuerverwaltung vielleicht durch die sittlichen Erschütterungen, durch die inneren Umwandlungen, die die Nazizeit auch im Beamtenkörper vielfach gebracht hat, am wenigsten berührt worden und am leichtesten hindurch gekommen«, erklärte demzufolge der erste Finanzminister der Bundesrepublik Deutschland Fritz Schäffer: »Das wollen wir einmal zu unserer Ehre ganz offen aussprechen.«<sup>15</sup> Dass allerdings drei Viertel der Finanzbeamten Parteimitglieder waren und getreu dem Motto »die Steuergesetze sind nach nationalsozialistischer Weltanschauung auszuliegen«<sup>16</sup> engagiert an der Verfolgung und Ausplünderung der Juden beteiligt waren, wurde nach 1945 verdrängt oder geleugnet.<sup>17</sup>

Mit seiner Aufsehen erregenden Dokumentation *Betrifft: »Aktion 3«*, *Deutsche verwerten jüdische Nachbarn* trieb Wolfgang Dreßen 1998 einen schmerzhaften Stachel in die etablierte deutsche Erinnerungskultur und brachte einige Finanzminister in der Bundesrepublik zum Nachdenken. Da

13 Protokoll über die Besprechung mit Regierungsrat Dr. Schwarzat vom 6. November 1941, StAN, Oberfinanzdirektion (OFD)-Nürnberg (Bund) 15472.

14 Vermerk der Oberfinanzdirektion Nürnberg vom 5. November 1941, StAN, OFD-Nürnberg (Bund) 15472.

15 Bund Deutscher Steuerbeamter (Hg.), Fünfzig Jahre deutsche Steuerfachverwaltung, Düsseldorf 1970, S. 42.

16 Fritz Reinhardt, Staatssekretär im Reichsfinanzministerium, zit. nach: ebd., S. 55.

17 Martin Friedenberger, Fiskalische Ausplünderung. Die Berliner Steuer- und Finanzverwaltung und die jüdische Bevölkerung 1933–1945, Berlin 2008, S. 11.

Dreßens Ausstellung und sein Buch über die »alltägliche Arisierung« auf Unterlagen aus der OFD Köln basieren<sup>18</sup>, reagierte das Nordrhein-Westfälische Finanzministerium als erstes und kündigte schon im Dezember 1998 eine Öffnung der Archive an.<sup>19</sup> Der damalige hessische Finanzminister Karl Starzacher (SPD) erklärte im selben Monat, dass »Arisierungsvorgänge« aus dem Bereich der OFD Frankfurt für eine wissenschaftliche Auswertung zur Verfügung stünden.<sup>20</sup> Auch die Bundesregierung signalisierte, »Akten über die Enteignung von Juden während des Nationalsozialismus« zugänglich zu machen.<sup>21</sup> Infolgedessen konnten die ersten regionalen Studien über die fiskalische Ausplünderung der Juden erarbeitet werden.<sup>22</sup>

...

...

Die Seiten 34 – 45 sind nicht Bestandteil dieser Leseprobe!

copyright  
ANTOGO Verlag Nürnberg

- 
- 18 Wolfgang Dreßen, Betrifft: »Aktion 3«. Deutsche verwerten jüdische Nachbarn, Berlin 1998, Begleitbuch zur gleichnamigen Ausstellung im Stadtmuseum Düsseldorf.
- 19 Ingrid Müller-Münch, Jetzt werden Finanzamt-Akten über die Juden-Enteignung geöffnet, in: Frankfurter Rundschau vom 4. Dezember 1998.
- 20 Ute Diefenbach, Enteignung der Juden, schwarz auf weiß dokumentiert, in: Frankfurter Rundschau vom 24. Dezember 1998.
- 21 Helmut Lölhöffel, Bonn gewährt NS-Opfern Einblick, in: Frankfurter Rundschau vom 24. März 1999.
- 22 Siehe hierzu: Alfons Kenkmann/Bernd A. Rusinek (Hg.), Verfolgung und Verwaltung. Die wirtschaftliche Ausplünderung der Juden und die westfälischen Finanzbehörden, Münster 1999 und Susanne Meinel/Jutta Zwilling, Legalisierter Raub. Die Ausplünderung der Juden im Nationalsozialismus durch die Reichsfinanzverwaltung in Hessen, Frankfurt a. M. 2004.
- 23 Schreiben der Oberfinanzdirektion Nürnberg an den Verfasser vom 8. Dezember 1998, jgt-archiv.

...

...

Die Seiten 34 – 45 sind nicht Bestandteil dieser Leseprobe!

Es musste über ein halbes Jahrhundert vergehen, bis der Raubzug am jüdischen Eigentum – als fester Bestandteil der Steuergeschichte im Dritten Reich – ins öffentliche Bewusstsein drang, sich die Finanzbehörden ihrer dunklen Vergangenheit stellten und ihre historische Verpflichtung nach Öffnung der Archive erfüllten. Dabei kamen interessante Details ans Licht, wie ein Brief des Vorstehers des Finanzamts Nürnberg-Augustinerstraße verdeutlicht. Der Beamte notierte, dass zwar eine genaue Feststellung und Aufgliederung des geraubten Vermögens »für den Bereich der Nürnberger Finanzämter nicht möglich« sei, da an »der Enteignung und Verwertung außer dem Finanzamt Nürnberg-Augustinerstraße Dienststellen beteiligt waren, die nicht mehr bestehen oder deren Unterlagen nicht mehr vorhanden« seien. Nach seinen Recherchen müsste das Vermögen der jüdischen Gemeindemitglieder Nürnbergs etwa 400 Millionen Reichsmark betragen haben. Werte in Höhe von 94,5 Millionen befanden sich im Besitz des Reiches, 5 Millionen im Besitz des Bayerischen Staates, der Kommunen oder öffentlichen Körperschaften, 3 Millionen im Besitz der ehemaligen NSDAP und ihren Gliederungen und rund 297,5 Millionen in privater Hand. Obwohl der größte Profiteur das Deutsche Reich und der Fiskus waren, konnten auch viele Firmen oder Privatleute ihre Schnäppchen machen.<sup>60</sup>

»Das System war zum allgemeinen deutschen Vorteil angelegt«<sup>61</sup>, stellt Götz Aly in seiner Untersuchung *Hitlers Volksstaat* fest, wie das Gesuch der »fliegergeschädigten« Nürnberger Wurstwarengeschäftsinhaberin Grete B. belegt: »Ich habe in Erfahrung gebracht, dass durch den Herrn Oberfinanzpräsidenten Einrichtungsgegenstände aus jüdischen Haushaltungen zum Verkauf gelangen,« schrieb sie und bat »wenn irgendwie möglich« ihr etwas zu überlassen. »Ich benötige: Bettstatt mit Matratze, Bett, Nacht-

59 Interview des Verfassers mit Lisa Schneider.

60 Schreiben des Finanzamts Nürnberg-Augustinerstraße vom 8. Oktober 1946, Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen Berlin (Bundesamt Berlin), OFD Nürnberg, VV 6000 A 136.

61 Götz Aly, *Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus*, Frankfurt a. M. 2005, S. 318.

tisch, Waschtisch, Schrank, 2 Sessel, Chaiselongue, Vorhänge und Spiegel.«<sup>62</sup> Die positive Antwort des Fiskus ließ nicht lange auf sich warten. »Die Verwertung des eingezogenen und verfallenen Hausrats von Juden ist in meinem Bezirk im allgemeinen durchgeführt«, teilte die Behörde mit. »Ich habe die zur Abgabe an Bombengeschädigte geeigneten Hausratsgegenstände an den Oberbürgermeister [...] abgegeben. Ich bitte, sich wegen Überlassung von Einrichtungsgegenständen an diesen – Wirtschaftsamt, Kressengartenstraße 4 – zu wenden.«<sup>63</sup>

Am Ende hatte nahezu jeder Volksgenosse Anteile am geraubten jüdischen Eigentum. »Bombenopfer trugen Kleider der Ermordeten und atmeten in deren Betten auf, dankbar, noch einmal davon gekommen zu sein, dankbar auch dafür, dass Staat und Partei so schnell geholfen hatten.«<sup>64</sup> Durch die materielle Verwertung der jüdischen Nachbarn wurden nebenbei auch noch die letzten Spuren der Ermordeten verwischt. 63 Jahre nach Niederschlagung des NS-Regimes und rund eine Dekade nach dem Auffinden der bayerischen »Arisierungsakten« erscheint im Herbst dieses Jahres endlich eine umfangreiche Studie über einen der größten und immer noch kaum bekannten NS-Raubzüge, die fiskalische Erfassung, Entziehung und Verwertung des Vermögens jüdischer Verfolgter in Bayern.<sup>65</sup>

ANTOGO Verlag Nürnberg

---

62 Schreiben von Grete B. vom 20. Januar 1944, Bundesamt Berlin, OFD Nürnberg, VV 6299, 5400, 42.

63 Schreiben des Oberfinanzpräsidiums vom 3. Februar 1944, ebd.

64 Aly, Hitlers Volksstaat, S. 318.

65 Christiane Kuller, Finanzverwaltung und Judenverfolgung. Die Entziehung jüdischen Vermögens in Bayern während der NS-Zeit, München 2008 (im Druck).